

Stand: 20.04.2026 06:37:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6646

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 - Eine Union, die mehr erreichen will COM(2020) 37 final BR-Drs.: 46/20"

---

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/6646 vom 18.02.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/7972 des BU vom 12.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/8117 vom 28.05.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 28.05.2020



## Europaangelegenheit

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union**

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:**

**Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 – Eine Union, die mehr erreichen will**

**COM(2020) 37 final**

**BR-Drs.: 46/20**

**Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO**

1. Der Ausschuss hat in seiner 21. Sitzung am 18. Februar 2020 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung der Europäischen Kommission federführend zu beraten (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

### **Begründung:**

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Mitteilung der Europäischen Kommission landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

In der Mitteilung COM(2020) 37 final ([BR-Drs. 46/20](#)) vom 29. Januar 2020 hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm mit insgesamt 43 neuen Initiativen veröffentlicht, die die Kommission im Jahr 2020 zur Umsetzung der Politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin von der Leyen ergreifen will. Die Initiativen sind zu folgenden sechs übergreifenden Zielen zusammengefasst:

- Ein europäischer Grüner Deal
- Ein Europa für das digitale Zeitalter
- Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen
- Ein stärkeres Europa in der Welt
- Förderung unserer europäischen Lebensweise
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Die geplanten Regelungen - insbesondere in den Bereichen Grüner Deal und Digitalisierung – haben Auswirkungen auf alle Bereiche der bayerischen Wirtschaft und Landwirtschaft, aber auch für jeden einzelnen Bürger. So bezieht sich der Grüne Deal auf die Themen Saubere Energie, Nachhaltige Industrie, Gebäude und Renovierung, Nachhaltige Mobilität, Biodiversität, Nachhaltige Lebensmittelketten und Beseitigung der Umweltverschmutzung. Bei der Digitalisierung geht es u. a. um so wichtige Themen wie die Entwicklung und Anwendung künstlicher Intelligenz, die technologische

Unabhängigkeit und damit verbunden die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas, um die Steigerung der Energieeffizienz zur Einsparung von CO<sub>2</sub> und um die Errichtung eines europäischen Datenraumes. Die Gestaltung dieser Politikbereiche ist Voraussetzung für die Schaffung einer nachhaltigen Zukunftsfähigkeit Europas und somit auch landespolitisch von Bedeutung. Es ist sinnvoll und zielführend, wenn sich der Landtag zur Gestaltung, aber auch zur Wahrung bayerischer Interessen frühzeitig in den Prozess mit einbringt.

Im Übrigen ist die Entscheidung des Ausschusses zur Abgabe einer Stellungnahme auch als Beitrag zum „Angebot“ der Kommission zu sehen, bei der Erstellung des Arbeitsprogramms „aktiver“ mit den regionalen Gebietskörperschaften zusammen zu arbeiten. Dieses Angebot ist u.a. Gegenstand der Mitteilung der Kommission COM(2018) 703 final (BR-Drs. 554/18): „Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit – Stärkung ihrer Rolle bei der Politikgestaltung der EU“. Der Landtag hat mit Beschluss Drs. 18/1447 vom 02.04.2019 zu dieser Mitteilung Stellung genommen und dabei das Angebot der Kommission „zu einer aktiveren Zusammenarbeit“ ausdrücklich begrüßt.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**  
Drs. 18/6646

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;**

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 - Eine Union, die mehr erreichen will  
COM(2020) 37 final  
BR-Drs.: 46/20**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Landtag wolle beschließen:

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

Berichtersteller: **Dr. Franz Rieger**  
Mitberichtersteller: **Florian Siekmann**

### **II. Bericht:**

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem EU-Vorhaben nicht befasst.
2. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 21. Sitzung am 18. Februar 2020 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83c Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 22. Sitzung am 12. Mai 2020 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

**Tobias Gotthardt**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 – Eine Union, die mehr erreichen will  
COM (2020) 37 final  
BR-Drs.: 46/20**

Drs. 18/6646, 18/7972

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

### **Abstimmung**

#### **über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 1 und 16 der Anlage. Dies sind zum einen die Europaangelegenheit betreffend die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen "Der europäische Grüne Deal" auf Drucksache 18/5993 und zum anderen der Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen" auf Drucksache 18/6081, die auf Wunsch der AfD-Fraktion gesondert beraten werden sollen. Der Aufruf erfolgt nach der Beratung der Dringlichkeitsanträge, sofern die Zeit dies noch zulässt, ansonsten in der nächsten Plenarsitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD bei Abwesenheit der fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist dies einstimmig beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.





6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. AfD  
Einheitliche Qualitätsstandards für Gutachter und Sachverständige im Bereich der forensisch-psychiatrischen Begutachtung von Sexualstraftätern  
Drs. 18/5624, 18/7831 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Anhörung zum Bayerischen Krebsregister – Bestmögliche Versorgung bei Krebserkrankungen  
Drs. 18/5642, 18/7808 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Patienten mit Chronic Fatigue Syndrom ernst nehmen und Behandlungsstrukturen schaffen  
Drs. 18/5834, 18/7809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>







